

Bausteine eines europäischen Wirtschaftsmodells im digitalen Kapitalismus

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt, Uwe Kremer und Thilo Scholle¹

©Trilight Vision DKosig – Getty Images/Stockphoto



Spätestens seit Dan Schillers Buch „Digital Capitalism“ aus dem Jahr 1999 ist der Diskurs über den digitalen Kapitalismus auf der polit-ökonomischen Agenda (Schiller 1999). Die Zeitschrift SPW hat sich in diesen Diskurs seit dem ersten Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2017 zum „Digitalen Kapitalismus“ eingebracht und sich seither mit eigenen Ausgaben und Artikeln zu diesem Thema positioniert. Gleichwohl sind wir selbst, was eine Theorie des digitalen Kapitalismus betrifft, noch nicht weit über den Status erster, vorläufiger Begriffsbestimmungen hinausgekommen. Eine konsistente Theorie des digitalen Kapitalismus steht noch aus². Wir begnügen uns daher auch anlässlich des diesjährigen Schwerpunktthemas mit der Arbeitshypo-

these, dass der digitale Kapitalismus eine spezifische Etappe der kapitalistischen Entwicklung ist, die auf einem differenzierten System von Plattformen und anderen digitalen Technologien gründet, die die Generierung von Profiten aus der Gewinnung und Nutzung von Daten ermöglicht. Dieser technologischen Basis entspricht ein noch im Entstehen begriffenes Set von institutionellen Arrangements, das die ökonomische Tragfähigkeit dieses Modells gewährleistet. Ebenso wie sich der Fordismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur hegemonialen Prosperitätskonstellation in den westlichen Industrieländern entwickelte, kann der digitale Kapitalismus im 21. Jahrhundert ein spezifisches politisch-ökonomisches Entwicklungsmodell des modernen Kapitalismus werden (Brandt 2019).

Die Datenextraktion gehört bei Plattformen praktisch zur genetischen Ausstattung, um auf dieser Basis Netzwerkeffekte

¹ Dr. Arno Brandt ist Ökonom, Mitherausgeber der spw und lebt in Lüneburg. Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw. Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

² Ansätze für eine Theorie des digitalen Kapitalismus haben in jüngster Zeit Sabine Pfeiffer (2021) und Philipp Staab (2019) vorgelegt.

zu erzielen (Snircek 2018, S. 90). Digitaler Kapitalismus ist kein Wirtschaftsmodell, das sich ausschließlich oder vor allen Dingen auf die Extraktion und Verwertung von Daten im Dienstleistungssektor (z.B. Soziale Netze, Suchmaschinen, elektronischer Handel) beschränkt, sondern schließt explizit auch die Welt der Industrien mit ein. Sowohl materielle als auch immaterielle Güter werden in seinem Kontext hergestellt und ausgetauscht. Es geht um digitale Güter, aber auch um physische Güter, die mittels digitaler Technologien produziert und distribuiert werden. Je nachdem, welche Technologien bzw. Plattformen und deren institutionellen Einbettungen in den jeweiligen Volkswirtschaften dominieren, existieren unterschiedliche Ausprägungen der Gewinnung und Nutzung von Daten.

Die USA und China zählen heute zu den global führenden Volkswirtschaften, die bislang im Kontext der digital-kapitalistischen Produktivkraftentwicklung erfolgreiche Geschäftsmodelle entwickelt haben. Ihre Techkonzerne zählen seit Jahren zu den erfolgreichsten börsennotierten Unternehmen im Weltmaßstab. In den USA hat die kommerzielle Aneignung des Internets – durchaus mit Unterstützung staatlicher Investitionsprogramme – eine kleine Zahl marktbeherrschender Techkonzerne, die vor allem von hochdynamischen Netzwerkeffekten profitieren, hervorgebracht. Dieses Modell lässt deutliche Anzeichen dafür erkennen, dass sich die amerikanischen Techkonzerne mittlerweile auch als globale Finanzdienstleister weiterentwickeln (Eichengreen 2021, S. 18). Erfolgreiche Geschäftsmodelle ergeben in der Summe allerdings noch kein ökonomisch tragfähiges Wirtschaftsmodell, was sich durchaus als Chance für ein alternatives europäisches Wirtschaftsmodell erweisen kann (siehe unten). Seit der Wahl von Joe Biden sind in den USA zudem deutliche Gegenkräfte erkennbar, die die bisherigen Geschäftsmodelle infrage stellen und regulatorische Eingriffe durchsetzen wollen. Damit ergeben sich auch aus deutscher bzw. europäischer Perspektiver durchaus Chancen, neue Allianzen bei der Entwicklung demokratisch

und sozial eingebetteter Wirtschaftsmodelle zu schmieden, wengleich die laufenden Auseinandersetzungen um digitale Macht und „Überwachungskapitalismus“ (Zuboff 2018) oder demokratische Kontrolle in den USA nicht entschieden sind.

Das Gegenmodell China verfügt ebenfalls über Techkonzerne, die z.T. zum Führungsfeld der börsennotierten Unternehmen aufschließen konnten, die aber eng mit dem chinesischen Staat verflochten sind. Das chinesische Modell für die Gestaltung der Zukunft beruht auf der Sicherung der Massensolidarität durch die Vergabe von Privilegien unter der Führung der Kommunistischen Partei. Die chinesische Hightech-Strategie fußt auf einer Industriepolitik, die Ausdruck eines Staatskapitalismus 3.0 ist, der strategische Planung und autoritäre Überwachungspolitik miteinander verbindet (Butollo, Staab 2018). Das chinesische Modell zeigt aber, dass im Rahmen staatlicher Lenkung sehr wohl Alternativen zu rein marktgetriebenen Geschäftsmodellen möglich sind und sich auf den chinesischen Märkten auch die amerikanischen Techkonzerne den Direktiven des chinesischen Staates unterordnen.

Mit ihrem strategischen Masterplan „Made in China 2025“ steuert die chinesische Wirtschaft auch nach der Corona-Krise auf einem außerordentlich erfolgreichen Wachstumskurs. Von dem selbst gesteckten Ziel, China zu einem „starken, demokratischen, zivilisierten, harmonischen und modernen sozialistischen Land“ zu machen (Xi Jinping), ist das Land aber noch meilenweit entfernt.

Das Internet der Konsumenten ist heute fest in der Hand amerikanischer und chinesischer Konzerne. Weder der deutschen noch der europäischen Wirtschaft als Ganzes wird es auf absehbare Zeit gelingen, hier eine führende Rolle im globalen Maßstab zu übernehmen. Aber in der industriellen Produktion beginnt mit dem Internet der Dinge (IoT) und der Künstlichen Intelligenz (KI) eine neue Ära wirtschaftlicher Entwicklung. Es geht um eine digitale Transformation, für

die das deutsche Produktionsmodell und in Teilen auch die Produktionsmodelle anderer westeuropäischer Volkswirtschaften mit ihrer Ausrichtung auf diversifizierte Qualitätsproduktion bzw. Herstellung von Produkten hoher Komplexität prädestiniert sind. So wie in der deutschen Industrie sich eine Rekombination von industriellen, digitalen und dienstleistenden Elementen anbahnt, sind in Europa die Voraussetzungen für eine neue Stufe der Evolution des Netzes grundsätzlich vorhanden. Es muss perspektivisch darum gehen, aus diesen Potenzialen ein europäisches Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das seine sozialen Errungenschaften und gemeinsamen Werte zur Geltung bringt und sich wirtschaftlich gegenüber der Konkurrenz aus USA und China behaupten kann.

Deutschland und Europa stehen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, die eng mit der sozial-ökologischen Transformation und der Bewältigung des demografischen Wandels sowie den sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie in Verbindung stehen. Diese Transformationsprozesse setzen enorme Investitionen in materielle und immaterielle Infrastrukturen voraus. Aus ökonomischer Perspektive geht es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend darum, die Rolle der Produktivität und die mit ihr verbundene wirtschaftliche Dynamik in den Fokus des wirtschaftspolitischen Handelns zu nehmen. In den zurückliegenden Jahrzehnten war der Trend abnehmender Zuwachsraten der Produktivität trotz der auf breiter Front voranschreitenden Digitalisierung unverkennbar. Dies gilt insbesondere für die USA, aber auch für die größeren westeuropäischen Volkswirtschaften. Dabei zeigt sich, dass die Digitalisierung und das Aufsetzen erfolgreicher digitaler Geschäftsmodelle noch keine tragfähige volkswirtschaftliche Dynamik erzeugen. In der Ökonomie wird dieses Phänomen auch als „Produktivitätsparadoxon“ bezeichnet (Hübner 2018, Krämer 2019)

Für die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist nach wie vor die industrielle Basis von entscheidender Bedeutung. In Deutschland

zählt nach wie vor ein erheblicher Teil der Beschäftigten zum „Netzwerk Industrie“, das Logistik und unternehmensnahe Dienstleistungen mit einschließt (Eickelpasch 2018). In den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften stellt sich die Situation durchaus anders dar, aber insgesamt ist die industrielle Basis Westeuropas immer noch signifikant größer als die der USA. Damit hat der industrielle Sektor mit seinen industriennahen Dienstleistungen weiterhin eine Schlüsselstellung für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

Innerhalb Westeuropas existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Produktionsmodelle, die aufgrund ihrer Pfadabhängigkeiten eine Konvergenz in Richtung eines gemeinsamen europäischen Produktionsmodells außerordentlich schwierig gestalten (Abelshauer 2013). Eine Strategie, die langfristig auf eine Annäherung der Produktionsmodelle setzt, muss unterschiedliche Geschwindigkeiten, Ambiguitäten, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten im Konvergenzprozess in Kauf nehmen. Strategisch sollte dort angesetzt werden, wo bereits gemeinsame Institutionen und Projekte bestehen oder sich Kooperationen auf europäischer Ebene anbahnen. Gemeinsame Forschungsprojekte oder die Etablierung gemeinsamer Formen beruflicher Weiterbildung dürften sich zum Beispiel schneller umsetzen lassen als die Entwicklung eines gemeinsamen Systems industrieller Beziehungen. Mit der aktuellen Krise der europäischen Wirtschaft (Corona-Krise) ergibt sich zugleich auch ein Zeitfenster für grundlegende Reformen innerhalb der EU, wie die Resonanz auf Initiativen zugunsten einer auf gesellschaftliche Bedarfswelder orientierten Innovationspolitik (missionsorientierte Innovationspolitik) (Mazzucato 2021) oder die Etablierung eines EU Wiederaufbaufonds zeigen. Letzteres könnte die Tür zu einer gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik öffnen (Tooze 2021, Gutenberg et al. 2021).

In keinem Kontinent weisen die amerikanischen Techkonzerne einen höheren Marktanteil auf als in Europa (Nemitz 2021).

In der EU entstehen gerade erste Ansätze für einen regulatorischen Rahmen, der potenziell geeignet ist, die Macht der Tech-Konzerne zurückzudrängen und der europäischen Industrie gesetzliche Grundlagen für ihre Geschäftsmodelle zu verschaffen. Die Europäische Datenschutzverordnung bietet die Chance, auch international Standards für den Umgang mit Daten und neuen Geschäftsmodellen zu setzen. Mit den klimapolitischen Initiativen der EU („European Green Deal“) entsteht zusätzlich ein Rahmen, um im europäischen Wirtschaftsraum perspektivisch ein klimaneutrales Wachstum zu ermöglichen. Im zivilgesellschaftlichen Raum entwickeln sich in Europa darüber hinaus zunehmend Initiativen, die auf digitalpolitische Reformen drängen und auf dezentraler Ebene mit Formen digitaler Souveränität experimentieren.

Die Suche nach einem neuen europäischen Wirtschaftsmodell sollte sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass in Europa ein Regime, das auf langfristige Finanzierung, kooperative industrielle Beziehungen, berufliche Bildung, Sozialstaatlichkeit und einen gestaltenden Staat setzt, die Voraussetzungen dafür schafft, dass in nachhaltige Infrastrukturen und in spezifisches Wissen (tacit Knowledge) investiert wird und damit die vorhandenen Produktivitätspotenziale gehoben werden können. Dabei geht es um nicht weniger als um progressive Strukturformen, statt eines „muddling through“, wie es in den zurückliegenden Jahrzehnten in der EU zu beobachten war. Derartige Reformen dienen nicht der Modifikation im Grundsatz vorhandener Strukturen und Mechanismen, sondern sind auf deren grundlegenden Umbau in den großen gesellschaftlichen Bedarfsweldern ausgerichtet (Brandt, Kremer 2019, dieselben 2020). Einige Beiträge in diesem Heft bewegen sich zwar noch im Rahmen des überlieferten Regulationstyps und gehen der Grundphilosophie der EU folgend davon aus, dass mit wettbewerbspolitischen Maßnahmen und einer begrenzten Zahl regulativer Eingriffe die vorhandenen Herausforderungen bewältigt werden können. Gleichwohl bieten die vorgeschlagenen

und teilweise auch schon in EU-Kontexten verfolgten Maßnahmen und Vorhaben (wie die GAIA-X-Initiative) eine instruktive und anschlussfähige Grundlage für weitergehende Perspektiven. Die weitere Diskussion wird zeigen, welche Analyse der sich vollziehenden Transformationsprozesse wir zur Grundlage der künftigen Strategiebildung machen sollten (vgl. dazu auch den Beitrag von Torsten Windels in diesem Heft).

Mit diesem Heft begleiten wir den diesjährigen Kongress „DigiCap 2021 Ein progressives Modell für die digitale Wirtschaft in Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, der vom 15. - 19. November 2021 stattfindet. Mit den Beiträgen des Heftschwerpunktes wollen wir anhand von ausgewählten Themenfeldern aufzeigen, wie Reformperspektiven zugunsten eines inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftsmodells gedacht werden können. Bei aller Unterschiedlichkeit der Beiträge zeigen sich dabei insbesondere auch die Schwierigkeiten, angesichts der nationalstaatlichen Pfadabhängigkeiten die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Digitalpolitik in den Blick zu nehmen, die einen echten Reformfortschritt bedeuten könnte.

In unserem Interview mit dem österreichischen Ökonomen *Stephan Schulmeister* geht es zunächst sehr grundlegend um ein europäisches Modell der sozial-ökologischen Bändigung des Kapitalismus. Wie in seinem Buch „Der Weg zur Prosperität“ (Schulmeister 2018) vertritt Schulmeister die These, dass für ein fortschrittliches europäisches Sozialmodell ein Wechsel von der finanz- zur realkapitalistischen Spielanordnung stattfinden muss. Aus seiner Sicht muss das Profitstreben der Kapitalisten durch strikte Regulierung auf die Schaffung realer Werte, z.B. im Rahmen eines „Green Deals“ umgeleitet werden. Durch die Steigerung der Realakkumulation kann auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften gestärkt und der Ausbau des europäischen Sozialstaats finanziert werden. Trotz der zunehmenden Krisen des Finanzmarktkapitalismus sieht Schulmeister aber nicht, dass

die demokratische Linke das Rüstzeug dafür entwickelt hat, die Hegemonie für einen Paradigmenwechsel zu übernehmen.

Für den hannoverschen Ökonomen *Torsten Windels* häufen sich die Dysfunktionalitäten in Wirtschaft und Gesellschaft und verweisen auf Defizite im Akkumulationsregime. Die neoliberalen Neuordnungen in Real- und Finanzwirtschaft sowie Staat und Gesellschaft haben nicht die versprochene Selbststeuerung gebracht. Stattdessen wurden ökonomische und soziale Instabilitäten verstärkt. Der Bedeutungszuwachs der Finanzwirtschaft und die Konzentrationen in der Plattform- und Digitalökonomie sind wesentliche Ausgangspunkte auf der Suche nach einer neuen „Prosperitätskonstellation“. Zentral bleibt das ‚richtige‘ Verständnis dieser Herausforderungen. Handelt es sich um in den üblichen Bahnen verlaufende Prozesse im Kapitalismus (Finanzialisierung und Digitalisierung) oder bereits um grundlegende Formationswechsel (Finanzmarkt- oder Digitaler Kapitalismus)? Für Ersteres sind regulative Markteinhegungen nötig. Für Letzteres sind grundlegendere Reformschritte nötig.

Der Nürnberger Sozial- und Personalwissenschaftler *Werner Widuckel* hebt in seinem Beitrag über „Gewerkschaften und europäisches Sozialmodell“ auf die Schwierigkeiten ab, die sich auf dem Weg zu einer Konvergenz der industriellen Beziehungen und der Durchsetzung von mehr Mitbestimmung in den Weg stellen. Dies betrifft insbesondere den Verlust und die Heterogenität gewerkschaftlicher Organisations- und Gestaltungsmacht, der in den zurückliegenden Jahren nicht zuletzt durch die vorherrschende neoliberale Politik, aber auch innergewerkschaftliche Auffassungsunterschiede und Konflikte zu verzeichnen war. Differenziert analysiert Widuckel in diesem Zusammenhang Organisationsgrad, Tarifbindung und Lohnkoordination in unterschiedlichen EU-Ländern. Trotz aller Schwierigkeiten plädiert er dafür den steinigen Weg zu einem gemeinsamen europäischen Sozialmodell weiterzugehen und

konkrete Zwischenerfolge für gemeinsame materielle und soziale Zwischenstandards zu erzielen. Die Entwicklung von Mindestlöhnen und deren Einbettung in institutionelle Arrangements in den Mitgliedsstaaten und in der EU zeigt, dass gewerkschaftliche Erfolge durchaus möglich sind.

In ihrem Beitrag unterstreicht die Leipziger Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der FES *Daniela Kolbe* die Bedeutung der Forschungs- und Technologiepolitik auf europäischer und nationaler Ebene. Dabei hebt sie die Bedeutung staatlicher Handlungen in der Förderung von Forschungsanstrengungen hervor. Staatliches Handeln trägt zum Erfolg von Innovationen bei. Die öffentlichen Gebietskörperschaften sollten vor diesem Hintergrund stärker Innovationen fördern, indem sie ihre Kaufkraft nutzen, um regionale KMU und Start-ups stärker in Ausschreibungen zu berücksichtigen. In Zeiten zunehmender globaler Konkurrenz um Ideen und die daran geknüpften Möglichkeiten für einen gesellschaftlichen Wohlstand, muss stärker die Frage diskutiert werden, wem das Wissen eigentlich gehört. Diese Herausforderung hat auch entwicklungspolitische Bedeutung. So hat zuletzt die Debatte um die Freigabe von Impfstoffpatenten gezeigt, dass durch das derzeitige System ganze Weltregionen drohen, ins Abseits zu geraten. Zu befürchten steht, dass die gesundheitliche, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder weiter wachsen wird.

Paul Nemitz, Mitarbeiter der EU-Kommission, verweist in seinem Beitrag zunächst auf die Defizite und Handlungsbedarfe im Bereich der Digitalisierung in Europa. Dabei zeigt sich, wie stark die EU gegenüber den USA und China ins Hintertreffen geraten ist. Nach einem Überblick über die digitalpolitischen Initiativen der EU folgt eine knappe Skizze eines „europäischen Weges“ zwischen den digitalen Kapitalismen der USA und Chinas. Dieser Weg ist durch eine Politik der Beschränkung von Macht in Markt und Staat gekennzeichnet, um Wettbewerb und

Grundrechte zu schützen. Demokratischer Rechtsrahmen und demokratische Willensbildung sind für Nemitz zentrale Bezugsgrößen, um den gesellschaftlichen Nutzen der Digitalisierung in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft sicherzustellen.

Auf der Grundlage des sozialdemokratischen Zukunftsprogramms umreißt die Parteivorsitzende *Saskia Esken* die digitalpolitischen Grundsatzpositionen der SPD. Deutschland muss aus dieser Perspektive im 21. Jahrhundert zur „Gigabit-Gesellschaft“ werden, wofür neue Bildung, aber auch erweiterte Arbeitnehmerrechte erforderlich sind. In Europa gelte es vor allem durch die Herstellung von Bauteilen und Cybersicherheit digitale Souveränität zu gewährleisten. Ohne intrinsische Unterstützung aus der Zivilgesellschaft ist aus ihrer Sicht eine Bändigung des digitalen Kapitalismus nicht denkbar. ■

Literatur:

- Abelshauer, W. (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin
- Abelshauer, W. (2013): Die EU braucht Regeln, die Einheit in Vielfalt zulassen, FAZ, 03.12.2013
- Brandt, A. (2019): Digitaler Kapitalismus - Auf der Suche nach einer neuen Prosperitätskonstellation, in: SPW 5/2019, S. 21 - 30
- Brandt, A., Kremer, U. (2020): Progressive Struktur-reformen und demokratischer Sozialismus, in: SPW 4/2019,
- Brandt, A., Kremer, U. (2019): Demokratische Vergesellschaftung – Revisionen und Hypothesen für einen modernen Sozialismus a.a.O., 73 - 78
- Butollo, F., Staab, Ph. (2018): Digitaler Kapitalismus – Wie China das Silicon Valley herausfordert, in: FES - WISO direkt 3/2018
- Eichengreen, B. (2021): Wettlauf zwischen Windhunden und Bluthunden, In: Wirtschaftswoche, 30.04.2021, S. 18,
- Eickelpasch, A. (2018): Industrie vs. Dienstleistungen? Plädoyer für eine integrierte Sichtweise, in: Soziale Marktwirtschaft: All inclusive? – Industrie, Gütersloh, s. 78 - 103
- Guttenberg, L., Hemker, J., Tordoir, S. (2021): Alles wird anders – Wie die Pandemie die EU-Finanzarchitektur verändert, in: Wirtschaftsdienst 2/2021, S. 90 – 24
- Krämer, H. (2018): Technische Revolution oder säkulare Stagnation. Historische, technologische und strukturelle Dimensionen des Produktivitätsparadoxons, in: SPW 2/2018, S. 16 - 20
- Hübner, K. (2018): Produktivitätsrätsel. Einige Hypothesen, in: SPW 2/2018, S. 21 - 26
- Kurz, H.D., Schütz, M., Strohmaier, R., Zilian, St. (2018): Riding a new wave of innovations. A long-term view at the current process of creative destruction, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 4/2018, S. 545 - 583
- Mazzucato, M. (2021): Mission – Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt a.M.
- Müller-Jentsch, W. (2017): Strukturwandel der industriellen Beziehungen, Wiesbaden
- Nemitz, P., Pfeiffer, M. (2021): Digitale Souveränität erfordert Autonomie und Dezentralität, in: Gärber, A. (2021): Europa.Besser.Machen – Vorschläge für eine progressive Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M., S. 309 - 319
- Pfeiffer, S. (2021): Digitalisierung als Distributionskraft – Über das Neue am digitalen Kapitalismus, Bielefeld
- Schiller, D. (1999): Digital Capitalism – Networking the global market system, Cambridge, (Massachusetts) London
- Snircek, N. (2018): Plattform-Kapitalismus, Hamburg
- Staab, Ph. (2019): Digitaler Kapitalismus - Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin
- Tooze, A. (2021): Ein Finanzminister Merz wäre ein systemisches Risiko für die EU, ZEIT-online, 10.05.2021
- Zuboff, S. (2018): Überwachungskapitalismus, Frankfurt a.M